Allgemeine Darlehensbedingungen (Stand 03/2016)

1. Vertragsabschluss

Der Darlehensvertrag kommt mit Zugang der schriftlichen Annahmeerklärung der BMW Bank GmbH (im Folgenden „Bank“ genannt) beim Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer zustande. Satz 1 gilt nicht, wenn die Bank dem Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer ein Darlehensangebot unterbreitet; in diesem Fall kommt der Darlehensvertrag mit fristgemäßem Zugang der Annahmeerklärung des Darlehensnehmers/ Mitdarlehensnehmers bei der Bank zustande. Die Annahmeerklärung bzw. das Darlehensangebot der Bank bedarf keiner Unterzeichnung, wenn sie/ es mit Hilfe einer automatischen Einrichtung erstellt wird.

2. Sicherheiten

Zur Sicherung aller gegenwärtigen und zukünftigen, auch bedingten und befristeten Ansprüche der Bank aus jedem Rechtsgrund im Zusammenhang mit diesem Darlehensvertrag räumen der Darlehensnehmer, gegebenenfalls auch der Mitdarlehensnehmer - für den die nachfolgenden Regelungen entsprechend gelten -, der Bank folgende Sicherheiten ein:

2.1 Fahrzeug-Sicherungsübereignung

Der Darlehensnehmer überträgt der Bank das Eigentum an dem im Darlehensvertrag näher bezeichneten Fahrzeug einschließlich aller Zubehör- und Ausstattungsteile, die im oder am Fahrzeug eingebaut oder angebracht sind oder werden. Das gilt auch bei einer Nacherfüllung des Kaufvertrages durch Ersatzlieferung. Vorsorglich verpflichtet sich der Darlehensnehmer bereits jetzt das Eigentum an einem Ersatzfahrzeug der Bank zur Sicherheit zu übertragen.

Der Darlehensnehmer und die Bank sind sich darüber einig, dass das Eigentum an dem zur Sicherheit dienenden Fahrzeug mit dem Wirksamwerden des Darlehensvertrages auf die Bank übergeht.

Die Übergabe des Fahrzeuges wird dadurch ersetzt, dass zwischen dem Darlehensnehmer und der Bank ein Leihverhältnis vereinbart wird.

Falls der Darlehensnehmer nicht Eigentümer oder Besitzer des Fahrzeuges ist oder wird, tritt er seine Eigentums-, Erwerbs- und Herausgabeansprüche oder seine Anwartschaftsrechte auf den Erwerb des Fahrzeuges an die Bank ab.

Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, der Bank den zum Fahrzeug gehörigen KFZ-Brief/ Zulassungsbescheinigung Teil II unverzüglich zu übergeben bzw. zu verschaffen. Die Bank ist berechtigt, die Auszahlung des Darlehens bis zum Eingang des KFZ-Briefs/ Zulassungsbescheinigung Teil II bei ihr zu verweigern.

2.2 Abtretung von Ersatz- und Versicherungsansprüchen

Der Darlehensnehmer tritt der Bank die ihm im Falle einer Beschädigung des Fahrzeuges gegen den Schädiger und/ oder dessen Versicherung zustehenden Ansprüche, einschließlich des Anspruchs auf Wertminderung ab. Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, der Bank von solchen Ansprüchen und dem Schädiger und/ oder dessen Versicherung von der Abtretung sofort Mitteilung zu machen.

Ansprüche aus einer Fahrzeugversicherung gemäß Ziff. 8.1 lit. c) tritt der Darlehensnehmer im Versicherungsfall an die Bank ab und ermächtigt die Versicherungsgesellschaft zur Ausstellung eines auf die Bank lautenden Versicherungsscheines.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung des Darlehensnehmers, Schäden im eigenen Namen und auf eigene Kosten geltend zu machen. Soweit erforderlich wird die Bank auf Anforderung eine Ermächtigung zur Geltendmachung der an sie abgetretenen Ansprüche erteilen.

2.3 Abtretung von Forderungen wegen Fahrzeugmängeln

Ferner tritt der Darlehensnehmer diejenigen Forderungen an die Bank ab, die er wegen Fahrzeugmängeln im Falle der Rückgängigmachung des Kaufvertrages über das Fahrzeug oder der Herabsetzung des Kaufpreises gegen den Verkäufer erwirbt.

2.4 Abtretung von Ansprüchen auf Arbeitsentgelt

Der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer tritt den jeweils pfändbaren Teil seiner gegenwärtigen und zukünftigen Lohn- und Gehaltsforderungen sowie seine sonstigen Ansprüche auf Arbeitseinkommen jeglicher Art (z. B. Abfindungen, Provisionen, beamtenrechtliche Bezüge, Renten) gegenüber seinem jeweiligen Arbeitgeber an die Bank ab. Ferner tritt er seine Ansprüche auf laufende Geldleistungen gemäß § 53 Abs. 3 Sozialgesetzbuch I – soweit sie den für Arbeitseinkommen geltenden unpfändbaren Betrag übersteigen – gegen den jeweiligen Leistungsträger ab; dies sind insbesondere Ansprüche auf Zahlung von Arbeitslosengeld, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrente. Die Abtretung ist begrenzt auf die

Darlehenssumme zuzüglich eines Betrages von 20 % der Darlehenssumme zur Deckung etwaiger Rechtsverfolgungskosten sowie Verzugszinsen.

Die Bank ist berechtigt, die Abtretung im Falle des Zahlungsverzugs des Darlehensnehmers mit mindestens zwei Monatsraten oder nach Kündigung des Darlehensvertrages gegenüber dem Drittschuldner offenzulegen. Dies gilt nur dann, wenn die Bank die Offenlegung gegenüber dem Darlehensnehmer mit einer Frist von einem Monat angekündigt hat.

2.5 Annahme der Abtretung

Soweit der Darlehensnehmer nach dieser Ziff. 2 Rechte und Ansprüche an die Bank abtritt, nimmt die Bank die Abtretung an.

2.6 Übertragung von Sicherheiten durch die Bank auf Dritte

Die Bank ist berechtigt, soweit ihre Forderungen durch Vertrag oder kraft Gesetzes auf Dritte übergegangen sind, diesen Dritten auch ihre Sicherungsrechte zu übertragen.

2.7 Stellung zusätzlicher Sicherheiten

Soweit die Bank nicht oder nicht mehr ausreichend gesichert ist, kann sie vom Darlehensnehmer die Stellung zusätzlicher bankmäßiger Sicherheiten verlangen.

2.8 Rückgabe/ Freigabe der Sicherheiten

Die Bank ist verpflichtet, nach vollständiger, unanfechtbarer Befriedigung ihrer Ansprüche aus dem Darlehensvertrag an den Darlehensnehmer sämtliche Sicherungsrechte nach dieser Ziff. 2 zurückzuübertragen bzw. Dritte, auf die Sicherungsrechte nach Ziff. 2.7 übergegangen sind, zur Rückübertragung zu veranlassen. Bestehen mehrere Sicherheiten, gibt die Bank auf Verlangen des Darlehensnehmers schon vorher nach ihrer Wahl einzelne Sicherheiten oder Teile davon frei, falls deren realisierbarer Wert 120 % der gesicherten Ansprüche der Bank überschreitet. Der realisierbare Wert wird bei sicherungsübereigneten Fahrzeugen nach dem gemäß Sachverständigenurteilen festgestellten Händlererkaufswert bestimmt.

3. Rückzahlung des Darlehens

3.1 Rückzahlung

Das Darlehen ist entsprechend dem vereinbarten Zahlungsplan an die Bank zurückzuzahlen. Als schuldbefreiend gelten nur solche Zahlungen, die bei der Bank eingegangen sind.

3.2 Zahlungsweise

Alle Rückzahlungen sollen unbar erfolgen. Wird ausnahmsweise eine Rückzahlung in bar geleistet, so sind nur Personen mit schriftlicher Inkassovollmacht der Bank zur Entgegennahme von Zahlungen berechtigt.

3.3 Verzug

Kommt der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer mit Zahlungen in Verzug, werden Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz pro Jahr berechnet. Der Basiszinssatz wird jeweils zum 1. Januar und 1. Juli eines Jahres ermittelt und von der Deutschen Bundesbank im Bundesanzeiger bekannt gegeben. Die Verzugszinsen sind niedriger oder höher anzusetzen, wenn die Bank eine Belastung mit einem höheren Zinssatz oder der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer eine geringere Belastung nachweist. Darüber hinaus kann die Bank im Falle des Verzugs Mahn- bzw. Rücklastschriftgebühren gemäß ihrem Preis- und Leistungsverzeichnis geltend machen.

4. Vorzeitige Rückzahlung - Kündigung durch den Darlehensnehmer

4.1 Recht zur vorzeitigen Rückzahlung

Handelt es sich um einen Verbraucherdarlehensvertrag, hat der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer das Recht, das Darlehen jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig zurückzuzahlen.

4.2 Rückzahlungsbetrag

Bei vorzeitiger Rückzahlung gemäß Ziff. 4.1 vermindern sich die Gesamtkosten (§ 6 Abs. 3 der Preisangabenverordnung) um die Zinsen und sonstigen laufzeitabhängigen Kosten, die bei gestaffelter Berechnung auf die Zeit nach der Erfüllung entfallen. Bei gleich bleibenden Monatsraten erstattet die Bank für jeden vollen Monat, um den sich die Laufzeit verkürzt, die nicht verbrauchten Zinsen staffelmäßig nach der Formel

$$\frac{\text{Restlaufzeit} \cdot (\text{Restlaufzeit} + 1) \cdot \text{Zinsen}}{\text{Laufzeit} \cdot (\text{Laufzeit} + 1)}$$

zurück.

4.3 Vorfälligkeitsentschädigung

Im Falle einer vorzeitigen Rückzahlung gemäß Ziff. 4.1 kann die Bank gem. § 502 BGB eine angemessene Vorfälligkeitsentschädigung für den unmittelbar mit der vorzeitigen Rückzahlung zusammenhängenden Schaden verlangen. Der Schaden berechnet sich nach den vom Bundesgerichtshof vorgeschriebenen finanzmathematischen Rahmenbedingungen, die insbesondere

- ein zwischenzeitlich verändertes Zinsniveau
- die für das Darlehen ursprünglich vereinbarten Zahlungsströme
- den der Bank entgangenen Gewinn
- die infolge der vorzeitigen Rückzahlung ersparten Risiko- und Verwaltungskosten

berücksichtigen sowie

- nach dem mit der vorzeitigen Rückzahlung verbundenen Verwaltungsaufwand (Bearbeitungsentgelt).

Die Entschädigung beträgt pauschal EUR 75, es sei denn, der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer weist nach, dass der Bank kein oder nur ein geringerer Schaden entstanden ist.

Die so errechnete Vorfälligkeitsentschädigung wird jedoch, wenn sie höher ist, auf den niedrigeren der beiden folgenden Beträge reduziert:

- 1 % beziehungsweise, wenn der Zeitraum zwischen der vorzeitigen und der vereinbarten Rückzahlung ein Jahr nicht übersteigt, 0,5 % des vorzeitig zurückgezahlten Betrages,
- den Betrag der Sollzinsen, den der Darlehensnehmer in dem Zeitraum zwischen der vorzeitigen und der vereinbarten Rückzahlung entrichtet hätte.

4.4 Kündigung aus wichtigem Grund

Das Recht des Darlehensnehmers/ Mitdarlehensnehmers zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Zudem steht dem Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer der Verbraucher ist ein fristloses Kündigungsrecht zu, wenn die Kreditwürdigkeitsprüfung der Bank nicht ordnungsgemäß erfolgt ist und die übrigen Voraussetzungen des § 505d BGB erfüllt sind. Die Kündigung bedarf der Textform.

5. Kündigung durch die Bank – Rücktritt vor Auszahlung des Darlehens

5.1 Kündigung wegen Zahlungsverzugs

Die Bank kann das Darlehen zur vorzeitigen Rückzahlung kündigen, wenn der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer mit mindestens zwei aufeinander folgenden Darlehensraten ganz oder teilweise und mit mindestens 10 %, bei einer Laufzeit des Darlehensvertrages von mehr als drei Jahren mit mindestens 5 % des Nennbetrages des Darlehens in Verzug ist und die Bank dem Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer erfolglos eine zweiwöchige Frist zur Zahlung des rückständigen Betrages mit der Erklärung gesetzt hat, dass sie bei Nichtzahlung innerhalb der Frist die gesamte Restschuld verlange.

Abweichend von Absatz 1 kann die Bank wegen Zahlungsverzugs auch kündigen, wenn der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer, der nicht Verbraucher ist, mit zwei Darlehensraten in Verzug ist.

5.2 Kündigung aus wichtigem Grund

Die Bank kann das Darlehen aus wichtigem Grund kündigen, insbesondere dann, wenn

- a) der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer seine Zahlungen allgemein einstellt, bei seinen Gläubigern ein Schuldenmoratorium oder ein außergerichtliches Vergleichs- oder Schuldbereinigungsverfahren anregt oder anbietet, ein Verfahren zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung eingeleitet wird oder über das Vermögen des Darlehensnehmers/ Mitdarlehensnehmers das Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet wird oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird;

- b) in den Vermögensverhältnissen des Darlehensnehmers/ Mitdarlehensnehmers eine wesentliche Verschlechterung eintritt oder einzutreten droht, durch die die Rückzahlung des Darlehens, auch unter Verwertung der Sicherheiten, gefährdet wird;

- c) die im Darlehensvertrag vereinbarten Sicherheiten nicht rechtswirksam bestellt oder weggefallen sind (z. B. Untergang des Fahrzeuges), es sei denn, der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer leistet auf Anforderung der Bank anderweitig angemessene Sicherheit; das gilt entsprechend, wenn in der Werthaltigkeit einer für das Darlehen gestellten Sicherheit eine wesentliche Verschlechterung eintritt oder einzutreten droht, durch die die Rückzahlung des Darlehens, auch unter Verwertung der Sicherheiten, gefährdet wird;

- d) der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer das Auto nicht ausreichend versichert oder Meldepflichten bei Beschädigungen des Fahrzeuges schuldhaft nicht erfüllt;

e) der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer stirbt und seine Erben nicht binnen sechs Wochen durch Vorlage des Erbscheins ihre Legitimation nachweisen und die Verpflichtungen des Darlehensnehmers/ Mitdarlehensnehmers übernehmen oder die Erben keine dem Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer entsprechende Bonität nachweisen können und auch keine entsprechenden Sicherheiten stellen; bei Abschluss einer Ratenchutzversicherung gilt dies insoweit, als ein Versicherungsschutz nicht bestehen sollte;

f) der Auszahlungsanspruch gepfändet ist, ohne vorherige Zustimmung der Bank verpfändet wird oder ein vorläufiges Zahlungsverbot ergeht;

g) der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer seiner Informationspflicht nach Ziff. 8.1 lit. g) schuldhaft nicht nachkommt;

h) der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer gegenüber der Bank wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben über seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse gemacht hat, die für die Darlehensgewährung wesentlich waren oder seiner Auskunftspflicht gemäß Ziff. 8.3 schuldhaft nicht nachkommt;

i) der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort ins Ausland verlegt und keine entsprechende Sicherheit stellt.

5.3 Form der Kündigung

Die Kündigung bedarf der Textform.

5.4 Rücktritt vor Auszahlung des Darlehens

Vor Auszahlung des Darlehens kann die Bank vom Darlehensvertrag zurücktreten, wenn ein wichtiger Grund im Sinne von Ziff. 5.2 vorliegt.

6. Besondere Gebühren

6.1 Stundungen – Laufzeitverlängerungen

Bei Stundungen und/ oder bei Verlängerung der Laufzeit von einzelnen Darlehensraten wird die Bank Zinsen nach den jeweils gültigen Sätzen berechnen.

6.2 Die Bank kann für die von ihr erbrachten Leistungen eine angemessene Gebühr gemäß § 315 BGB berechnen, insbesondere für Ratenplanänderung und Stundung. Die jeweils gültigen Konditionen sind dem Preis- und Leistungsverzeichnis der Bank zu entnehmen, das unter www.bmwbank.de abgerufen werden kann, oder werden auf Verlangen mitgeteilt.

6.3 Für eine Leistung, zu deren Erbringung die Bank kraft Gesetzes oder aufgrund einer vertraglichen Nebenpflicht verpflichtet ist oder die sie im eigenen Interesse wahrnimmt, wird die Bank kein Entgelt berechnen, es sei denn, es ist gesetzlich zulässig und wird nach Maßgabe der gesetzlichen Regelung erhoben.

7. Verwertung des Fahrzeuges

7.1 Ansichnahme des Fahrzeuges/ Zubehörs

Bei Eintritt der vorzeitigen Fälligkeit des Darlehens oder Kündigung oder Nichtzahlung der fälligen Zielrate kann die Bank das sicherungsübereignete Fahrzeug an sich nehmen und im eigenen Namen verwerten. Die Verwertung wird durchgeführt, nachdem sie dem Darlehensnehmer unter 14-tägiger Fristsetzung angedroht wurde und wenn nicht innerhalb von 14 Tagen nach Inbesitznahme sämtliche Forderungen der Bank aus diesem Darlehensvertrag getilgt sind.

Die Bank ist berechtigt, die Verwertung durch Verkauf an eine Händlerfirma zum Händlerverkaufswert ohne Mehrwertsteuer vorzunehmen, es sei denn, der Darlehensnehmer benennt der Bank unverzüglich nach Rücknahme des Fahrzeuges einen anderen Abnehmer, der das Fahrzeug zu einem höheren Erlös abzunehmen bereit ist.

7.2 Die Parteien vereinbaren, dass im Falle der Ansichnahme des Fahrzeuges durch die Bank dies nicht als Ausübung des Rücktrittsrechts gilt, sondern der gewöhnliche Verkaufswert im Zeitpunkt der Wegnahme vergütet wird. Als gewöhnlicher Verkaufswert wird dabei der am Markt zu erzielende Preis (Händlerverkaufspreis) vereinbart, welcher durch ein unabhängiges Sachverständigengutachten bestimmt wird.

7.3 Verwertungskosten

Sämtliche mit der Verwertung in Zusammenhang stehende Kosten (z.B. Gutachten-, Abschleppkosten) gehen zu Lasten des Darlehensnehmers/ Mitdarlehensnehmers.

8. Sonstige Pflichten des Darlehensnehmers

8.1 Laufende Verpflichtungen

Der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer ist verpflichtet,

a) das Fahrzeug in Deutschland zuzulassen und ohne vorherige Abstimmung der Bank nicht dauerhaft ins Ausland zu verbringen; eine auch nur vorübergehende Verbringung des Fahrzeuges in Staaten außerhalb der EU und der Schweiz bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Bank, die nur aus wichtigem Grund verweigert und ggf. von der Stellung einer Sicherheit durch den Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer abhängig gemacht werden darf;

b) die gesetzlich vorgeschriebenen Steuern für das Fahrzeug pünktlich zu entrichten;

c) bis zur vollständigen Rückzahlung des Darlehens das Fahrzeug über eine Teil- und Vollkaskoversicherung mit einer Selbstbeteiligung von höchstens EUR 1.000 zu versichern, die gesetzlich vorgeschriebene Haftpflichtversicherung aufrecht zu erhalten und die Versicherungsprämien stets pünktlich zu bezahlen. Der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer ist verpflichtet, jeden Wechsel des Versicherers an die Bank anzuzeigen. Kommt der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer seiner Verpflichtung zur Versicherung des Fahrzeuges nicht nach, ist die Bank berechtigt, aber nicht verpflichtet, das Fahrzeug auf Kosten des Darlehensnehmers/ Mitdarlehensnehmers zu versichern. Kündigungsrechte der Bank gemäß Ziff. 5 bleiben hiervon unberührt;

d) das Fahrzeug in einwandfreiem Zustand zu erhalten und alle erforderlichen Reparaturen sofort sachgemäß auf seine Kosten ausführen zu lassen;

e) der Bank von allen gegen das Fahrzeug oder die sonstigen Sicherheiten unternommenen Zwangsvollstreckungs- und sonstigen Maßnahmen Dritter, die die Rechte der Bank beeinträchtigen können, unter Übersendung der entsprechenden Unterlagen unverzüglich Mitteilung zu machen;

f) der Bank auf Verlangen Auskunft über den Standort des Fahrzeuges zu erteilen und Gelegenheit zu dessen Besichtigung und Überprüfung zu geben;

g) die Bank unverzüglich zu unterrichten, falls Schäden an dem Fahrzeug eintreten, die EUR 2.000 übersteigen oder falls das Fahrzeug abhanden kommt;

h) eine Änderung seines Namens, seines Wohn- oder Geschäftssitzes oder eine Änderung der Bankverbindung unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Bei einem Wechsel des Arbeitsplatzes sind unverzüglich der Name und die Adresse des neuen Arbeitgebers schriftlich mitzuteilen. Juristische Personen haben insbesondere eine Änderung der Firma, der Rechtsform oder eine Änderung in den Haftungsverhältnissen unverzüglich in schriftlicher Form anzuzeigen. Darüber hinaus können sich aus dem Geldwäschegesetz weitergehende gesetzliche Verpflichtungen zur Informationsübermittlung ergeben.

8.2 Veräußerungsverbot in Bezug auf das Fahrzeug

Der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer ist nicht berechtigt, das Fahrzeug ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Bank zu veräußern, zu verschenken, zu verpfänden, zu vermieten, zu beleihen oder in sonstiger Weise zu benutzen, die die Sicherungsrechte der Bank beeinträchtigen.

8.3 Allgemeine Auskunftspflicht

Der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer ist verpflichtet, der Bank alle Auskünfte zu geben und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, welche die Bank zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach dem Kreditwesengesetz, sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Darlehensnehmers/ Mitdarlehensnehmers offen legen zu lassen, oder sonstiger gesetzlicher Verpflichtungen benötigt. Darüber hinaus hat der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer auf Anforderung der Bank Unterlagen zur Prüfung der Richtigkeit der von ihm gemachten Angaben zu seiner Person und seinen Vermögensverhältnissen (z. B. Gehaltsnachweise, Ausweisdokumente) zur Verfügung zu stellen.

9. Haftung der Bank

9.1 Haftung für Erfüllungsgehilfen und Dritte

Die Bank haftet unbegrenzt für jede von ihr zu vertretende Verletzung von Körper, Leben oder Gesundheit. Im Übrigen haftet die Bank im Rahmen des von ihr zu vertretenden

Verschuldens auch für ihre Mitarbeiter. Hat die Bank im Einzelfall für sonstige Dritte oder dafür einzustehen, dass der Verkäufer als Erfüllungsgehilfe der Bank tätig geworden ist, haftet die Bank nur für vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verschulden.

9.2 Sorgfaltspflicht der Bank in Bezug auf KFZ-Brief/ Zulassungsbescheinigung Teil II

Schadensersatzansprüche wegen etwaiger nicht rechtzeitiger Rücksendungen der Fahrzeugpapiere oder sonstiger Unterlagen können nur bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz geltend gemacht werden. Die Aushändigung des KFZ-Briefs/ Zulassungsbescheinigung Teil II seitens der Bank an den Verkäufer, an einen Mithaftenden oder an einen Dritten erfolgt mit befreiender Wirkung für die Bank, wenn diese bei Ausübung pflichtgemäßen Ermessens davon ausgehen konnte, dass der Dritte zum Empfang des KFZ-Briefs/ Zulassungsbescheinigung Teil II berechtigt war.

10. Allgemeine Bestimmungen

10.1 Abtretung durch Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer

Der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer kann seine Ansprüche gegen die Bank nur mit deren vorheriger schriftlicher Zustimmung abtreten.

10.2 Forderungsabtretung an Dritte

Die Bank ist berechtigt, die Forderungen aus dem Darlehensvertrag einschließlich etwaiger Sicherheiten zum Zwecke der Refinanzierung an Zweckgesellschaften oder Banken abzutreten sowie für diese treuhänderisch zu halten. Ferner ist die Bank berechtigt, die Forderungen an Dritte zu verkaufen.

10.3 Aufrechnung durch Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer

Gegen Ansprüche der Bank kann der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer nur dann aufrechnen, wenn die Gegenforderung des Darlehensnehmers/ Mitdarlehensnehmers unbestritten ist oder ein rechtskräftiger Titel vorliegt. Ein Zurückbehaltungsrecht kann von dem Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer nur geltend gemacht werden, soweit es auf Ansprüchen aus diesem Darlehensvertrag beruht.

10.4 Übererlös durch Zahlung Dritter

Entsteht ein Übererlös durch Zahlung Dritter, so kann die Bank mit befreiender Wirkung gegenüber dem Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer an den Dritten zurückzahlen.

10.5 Schriftform

Sämtliche Vereinbarungen sind schriftlich niederzulegen. Dies gilt auch für Nebenabreden und Zusicherungen sowie für nachträgliche Vertragsänderungen.

10.6 (Teil-) Unwirksamkeit

Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen des Darlehensvertrages oder seiner Bestandteile lässt die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. Die Vertragspartner sind im Rahmen des Zumutbaren nach Treu und Glauben verpflichtet, die unwirksame Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende wirksame Regelung zu ersetzen.

10.7 Geltungsbereich dieser AGB

Die Bedingungen dieses Vertrages gelten auch bei Änderungen des Zahlungsplanes und bei Austausch des finanzierten Fahrzeuges.

11. Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

11.1 Der Darlehensvertrag sowie die Rechtsbeziehungen der Vertragsparteien unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

11.2 Erfüllungsort für alle Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag ist München.

11.3 Ist der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer Kaufmann, ist ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Ansprüche im Zusammenhang mit diesem Darlehensvertrag München. Gleiches gilt, wenn der Darlehensnehmer/ Mitdarlehensnehmer nach Vertragsschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Inland verlegt oder sein Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist.